

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa,
Grenzstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa bestellbar bestimmte Blatt.

Postfachamt:
Dresden 1590,
Grenzstr.
Riesa Nr. 52.

Nr. 133.

Donnerstag, 11. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 5 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 28 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Gewählter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der Schuldpruch von Versailles.

Ausländische Forscher sprechen zur Kriegsschuldfrage.

Nach Beendigung des Weltkriegs gab es draußen in der Welt nur eine Stimme: die Mittelmächte, und vor allem Deutschland, sind schuld am Kriegsausbruch. Die Kriegsschuldfrage, wie sie etwa im Versailler Friedensvertrag und in dem Ultimatum vom 18. Juni 1919 niedergelegt war, fand kaum einen Widerpruch. Langer Aufklärungsarbeit durch die neugegründete deutsche Zentralkommission für Erforschung der Kriegssachen hat es dann bedurft, um die Kriegsschuldfrage zu erschüttern. Nicht in das verworrene Spiel und Widerspiel der Vorkriegsdiplomatie fiel durch die Herausgabe von Memoirenwerken der hauptbeteiligten Staatsmänner. Auch das Ausland ging allmählich an die Durchleuchtung der Kriegssachen heran. Die Forschungen führten zu einem Ergebnis, das unsere Gegner von ebendem nicht erwarteten: Deutschland wurde entlastet, und der Vorwurf von der deutschen Kleinmissetat am Weltkrieg zerfiel.

Wie sieht das Ausland heute zur Versailler Kriegsschuldfrage? Eine Frage, von der viel, wenn auch nicht alles, abhängt. Die Zentralkommission für Erforschung der Kriegssachen hat kürzlich eine Umfrage an namhafte Historiker, Staatsrechtslehrer und andere Professore des Auslandes herausgegeben lassen. Im letzten Heft der "Berliner Monatshefte" ist das Ergebnis dieser Umfrage veröffentlicht worden. Etwa 70 ausländische Forscher haben zu den Fragen, die man ihnen vorlegte, mehr oder weniger erschöpfend Stellung genommen. Befragt wurden nicht nur Forscher aus dem neutralen Ausland, sondern auch Männer, deren Gegnerschaft gegen die deutsche Kriegsschuldfragepropaganda bekannt war. Wie sieht also das Ausland zur Versailler Kriegsschuldfrage?

Den ausländischen Forschern wurden von den deutschen Fragestellern drei Fragen vorgelegt, deren Wortlaut sich möglichst an die Bezeichnungen des Versailler Vertrages anlehnt. Die erste Frage lautete: "Sind Sie der Auffassung, daß Deutschland den Weltkrieg mit Vorbedacht geplant, sowie ihn vorsätzlich und absichtlich herbeiführt hat?" Die zweite Frage hatte folgenden Wortlaut: "Sind Sie der Auffassung, daß Deutschland den alliierten und assoziierten Regierungen den Krieg aufgezwungen hat?" Und als dritte Frage schließlich: "Treten Sie der Auffassung bei, daß das in Versailles über die Schuld Deutschlands am Kriege von den alliierten und assoziierten Regierungen abgegebene Urteil auf Grund von Material gewonnen worden ist, das unvollständig, tendenziös und zum Teil sogar gefälscht war?"

Man kann darüber streiten, ob die Fragestellung richtig gewählt worden ist. Darauf kommt es hier auch gar nicht an. Wesentlich ist allein, daß etwa 70 Forscher die ihnen vorgelegten Fragen beantwortet haben, darunter Sachverständige aus Frankreich, England und den Vereinigten Staaten. Träger bekannter Namen treffen wir unter den befragten Persönlichkeiten an: Norman Angell, James L. Shotwell, Harold Nicolson, Lord Arthur Balfour, Henri Driand, Scignopoulos und Japikse. Die erste Frage — ob der Krieg von Deutschland, vorsätzlich und absichtlich herbeiführt wurde — ist von 18 Sachverständigen verneint worden. Nur fünf Forscher sind zu einer Bejahung gekommen und zwölf nehmen eine unklare Stellung ein. Ähnlich ist das Sachverhältnis auch bei der zweiten Frage. 49 Forscher verneinen die Frage, 18 geben ausweichende Antworten und acht stehen noch heute auf dem Standpunkt, daß Deutschland den alliierten Regierungen den Krieg "aufgezwungen" habe. Die dritte Frage verneint 51 Sachverständige, während nur einer von ihnen sich zu einer Bejahung entschloß. Immerhin nehmen auch hier 13 Sachverständige eine ziemlich unklare Stellung ein.

Im Ganzen darf man also sagen, daß das Ergebnis der Kriegsschuldfrage für Deutschland erfreulich ist. Im Ausland, in den germanischen Ländern mehr als in den romanischen, hat sich längst die Auffassung durchgesetzt, daß Deutschland nicht allein die Schuld am Kriege aufzubringen ist.

Trotzdem wird man davon warnen müssen, an das Ergebnis dieser Umfrage allzu große Hoffnungen zu knüpfen. Nur ein kleiner Kreis von sachverständigen Leuten konnte hier zu Rate gezogen werden. Die geistige Elite eines Landes vertritt aber nicht das ganze Volk, und das Volk — wir wissen es — denkt in diesen Dingen oft ganz anders. Daß die Kriegsschuldfrage noch nicht heute und morgen abgetan sein kann, bevor letztere gerade die Antworten der französischen Sachverständigen einen lebendigen Beweis. Wie wenig hier noch die Begriffe geklärt sind, geht aus der Antwort des berühmten französischen Historikers Scignopoulos hervor, der sich an der ersten Frage vorsichtig vorbeistülpt: "Der Ausdruck Deutschland ist zweideutig, es ist mir unentschieden, eine Frage zu beantworten, in der nicht unterschieden ist zwischen dem Volk, dem Kanzler, dem Kaiser und dem Generalstab." Weibliche Unterweisungen wegen auch merkwürdigerweise andere französische Sachverständige an. Man ist geneigt, das deutsche Volk zu entlasten, dagegen den Kaiser, den Ministern und den Feldherren die Last der Verantwortung zuzuschreiben. Was dem Rahmen fällt nur die Antwort Victor Marguerites, der kurz und bündig die erste Frage so beantwortet: "Ich glaube, daß das kaiserliche Deutschland mit demselben Recht wie die Engländer, die Russen und die französische Regierung den Weltkrieg in dem Sinne mit Vorbedacht geplant hat, daß es sich darauf, als auf einen infolge der Mentalität der damaligen Führer früher oder später unvermeidlichen Konflikt, vorbereitet hat."

Vor der Reparationsberatung.

Ältestenrat des Reichstages verlag.

Noch keine Entscheidung über Reichstagsberufung.

Berlin, 11. Juni.

Die von manchen Kreisen noch für Mittwochabend erwartete Ministerbesprechung, in der der Kanzler und der Reichsaussenminister über ihre Englandreise Bericht erstatten, fand erst am heutigen Donnerstagvormittag statt. Offenbar hatte Dr. Brüning zunächst das Bedürfnis, sich Mittwochabend über die Stimmungen und Eindrücke zu informieren, die er in Berlin vorfindet. Ihr deutscher Niederschlag ist der Ausgang der Sitzung des Ältestenrates, die mit der Vertagung auf Dienstag durchaus zu verlaufen ist, wie man allgemein angenommen hatte. Auch in der parlamentarischen Mitte machen sich zweifellos Tendenzen in der Richtung einer Einberufung des Reichstages bemerkbar. Das gilt namentlich von der Deutschen Volkspartei, und ähnliche Strömungen sind auch in ihr benachbarten Gruppen vorhanden. Zunächst müssen aber die Fraktionen Stellung nehmen; sie haben mit ihren Beratungen zum Teil bereits am Mittwoch begonnen. Dazu kommt noch die Erwägung, daß man doch, schon aus Gründen der Loyalität, erst einmal die Mittelungen abwarten muß, die der Kanzler von seiner Reise mitbringt.

Die ersten Schilderungen, die Dr. Brüning und Dr. Curtius nach ihrem Eintreffen in Berlin von ihrem Londoner Aufenthalt gegeben haben, bestätigen vollkommen alles, was bisher über die freundschaftliche Aufnahme der beiden Minister berichtet worden ist. Mit Spannung sieht man nun aber namentlich der Beantwortung der praktischen Frage entgegen, in welcher Weise das Reparationsproblem ausgerollt werden soll. Das wird das Thema der nächsten Lage und Wochen sein, und von ihm wird die weitere Entwicklung der Frage einer Einberufung oder Nichtberufung des Reichstages wesentlich beeinflußt werden.

In gutunterrichteten Kreisen rechnet man aber doch schon jetzt damit, daß sich am nächsten Dienstag im Ältestenrat keine Mehrheit für die Einberufung finden wird. Inner dem Eindruck der Notwendigkeit der Revisionsaktion wird zweifellos das Bedürfnis überwiegen, alle innerpolitischen Störungen, die der Zusammentritt des Reichstages mit sich bringen würde, auszuschalten.

Sollten diese Strömungen für die Reichstagsberufung sich in den nächsten Tagen stärker bemerkbar machen, so würde der Reichskanzler zweifellos seine ganze Autorität einsetzen, um ihnen entgegenzuwirken. Nach Auffassung maßgebender Kreise wäre es dann sicher, daß es unter gar keinen Umständen zum Zusammentritt des Parlaments kommt.

Die Stellung der Wirtschaftspartei

Der Gesamtvorstand der Wirtschaftspartei nahm einmütig folgende Entschiedenheit an:

Die Notverordnung hat das deutsche Volk bitter enttäuscht. Sie stellt im wesentlichen die Fortsetzung der bisherigen verhängnisvollen Politik mit Mitteln dar, die der Reichskanzler und die Reichsregierung selbst wiederholt als verfehlt, wirtschaftsfeindlich und als Ursache des deutschen Niederganges bezeichnet haben. Die von der Reichsregierung zur Behebung der Wirtschaftsnot und der Arbeitslosigkeit versprochenen und vom deutschen Volk erwarteten Maßnahmen zur endlichen Beseitigung der inneren und äußeren Fesseln der Wirtschaft werden nicht in Angriff genommen. Immer neue Vasten zur Erfüllung der unerträglichen Tributzahlungen werden dem deutschen Volke zugemutet. Daher fordert die Wirtschaftspartei die sofortige Einberufung des Reichstages und die Aufhebung der Notverordnung, deren Bestimmungen im übrigen auch die Existenz des Mittelstandes in nicht zu überbietender Weise bedrohen. Mit allem Nachdruck verlangt die Wirtschaftspartei die sofortige Wiederaufrufung des Reparationsproblems mit dem Ziel der Einberufung sämtlicher Tributzustellungen.

und der Bayerischen Volkspartei

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei bewies am Mittwochabend in einer Fraktionsitzung in Ber-

Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist es, die Ursachen des Weltkriegs mit fanatischer Wahrheitsliebe weiter zu erforschen und die letzten Schleier von dem größten Verhängnis des letzten Jahrhunderts wegzureißen. Deutschland fürchtet das unbedachte Urteil der Wissenschaft nicht. Der

in die durch den Erlaß der Notverordnung vom 5. Juni geklärte politische Lage. Gegen mehrere Bestimmungen der Notverordnung wurden erhebliche Bedenken erhoben und der Anschauung Ausdruck gegeben, daß durch Verhandlungen Änderungen zu erzielen seien. Die Fraktion wird in den nächsten Tagen wiederum zusammentreten, um endgültig Stellung zu nehmen.

Gewerkschaftsprotest

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes hat sich mit der Notverordnung eingehend befaßt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund teilt zu dieser Beratung mit, daß beide Bundesverbände nicht die Notwendigkeit verkennen, dem ganzen deutschen Volke Opfer zugumuten, um eine Belebung der deutschen Wirtschaft und damit eine Milderung der Erwerbslosennot wie auch die Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen. Die Notverordnung enthalte jedoch eine derartige Häufung sozialer Ungerechtigkeiten, daß der allgemeine Widerstand der Arbeiterschaft sich ungekümmt geltend machen müsse. Die praktische Durchführung für die Wirtschaft und damit auch für die öffentlichen Finanzen würde verhängnisvoll sein. Die Gewerkschaften würden alle ihre Kraft einsetzen, um die unbedingt notwendige Milderung der Notverordnung herbeizuführen.

Landvolkfraktion behält sich abwartend.

Berlin. Die Reichstagsfraktion der Landvolkpartei hat am Mittwoch nachmittag in Anwesenheit des Reichsernährungsministers Schiele die neue Notverordnung und die Ergebnisse der Verhandlungen von Chequers besprochen. Sie hat beschlossen, dem Wunsch mehrerer anderer Parteien auf Verlangen des Ältestenrates des Reichstages zuzustimmen, da auch das Landvolk vor der Entscheidung über die Einberufung des Reichstages genaueren Aufschluß über die Absichten der Reichsregierung, namentlich auf außenpolitischem Gebiet, also über die weitere Entwicklung der Reparationsfrage sowie über die Frage einer etwaigen Umbelegung des Reichskabinetts und schließlich über die Frage verlangt, ob die Notverordnung von der Reichsregierung als unabänderlich angesehen wird.

Von "Revision darf nicht gesprochen werden"

Paris. Unter der Überschrift "Deutschland und die Reparationen" beschäftigt sich der "Temps" am Mittwochabend ausführlich mit den Ergebnissen von Chequers. Die Reichsregierung scheine die Absicht zu haben, weitere Schritte zu unternehmen, indem sie die Zahlungsnahme zunächst auf Paris und dann auf andere Länder ausbreite. Wenn Reichskanzler Brüning tatsächlich diplomatische Schritte dieser Art im Auge habe, so sei es notwendig, daß Deutschland genauere Vorschläge mache. Bis jetzt seien alle Gerüchte über die deutschen Pläne in Bezug auf die Reparationsfrage von der Reichsregierung selbst dementiert worden, was nicht dazu diene, Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. In seiner Kammerrede habe Driand die Lage klar umrissen und festgestellt, daß es Frankreichs gutes Recht sei, mit einem Nein zu antworten, wenn Deutschland mit Forderungen komme, die den Interessen Frankreichs zuwiderlägen. Ebenso habe Driand eine Revision des Youngplans zurückgewiesen. Man werde in Berlin gut tun, über die Worte Driands nachzudenken, die jeden Versuch zu einer Revision ablehnen. Deutschland könne nur zu den Möglichkeiten Zuflucht nehmen, die ihm die Bestimmungen des Youngplans offen ließen. Der Plan an sich könne keine Änderungen erfahren und müsse als endgültige Regelung bestehen bleiben.

Der "Paris Soir" stellt seinerseits fest, daß man in Paris eine Haltung bedauere, die mehr und mehr einer Reserve gleiche. Man warte die Ereignisse ab. Vielleicht wäre es jedoch besser, die Entwicklung vorauszuweisen und eine klare Stellungnahme zu finden, da die Ereignisse sonst eine für Frankreich ungünstige Wendung nehmen könnten. Wenn Reichskanzler Brüning und Reichsaussenminister Curtius nach Paris kämen, so solle man sie hier mit der gleichen Lebenswürdigkeit wie in England empfangen und gemeinsam mit ihnen jene Reparationskonferenz vorbereiten, die trotz der Zurückhaltung Amerikas wohl unvermeidlich sei.

weltweit größte Teil der ausländischen Kriegsforscher — hat die Umfrage deutlich ergeben — ist heute schon von der Unhaltbarkeit der Versailler Kriegsschuldfrage überzeugt. Die Balken werden moich, auf denen das Gerüst der Friedensverträge aufgebaut ist.